



Resolution des Kongresses 2013 des Mouvement Ecologique

Wasserwirtschaft:

Es geht um mehr als um den Wasserpreis:

Nein zur Privatisierung der Wasserwirtschaft – Ja zu einer strukturellen Reform in Luxemburg!

Derzeit fokussiert sich die Debatte um die Luxemburg Wasserschutzpolitik in höchst befremdlichem Ausmaß auf die Gestaltung des Wasserpreises. Der Mouvement Ecologique möchte sich jedoch bewusst nicht in die Debatte der Preisgestaltung einmischen, die dazu führt, dass die zentralen Fragen der Wasserwirtschaft nicht gestellt und überlagert werden. Es gilt vielmehr, die wirklichen Mängel der heutigen Wasserwirtschaftspolitik zu thematisieren.

Innenminister J.-M. Halsdorf hat auch vor kurzem die Gemeinden und andere Akteure mittels Fragebogen aufgefordert zum Thema Trinkwasserpreis und Organisation der Trinkwasserversorgung Stellung zu beziehen. Gefragt wird dabei u.a. auch, in wie weit die Befragten einer Liberalisierung der Wasserwirtschaft bzw. „abgeschwächten“ Modellen, wie z.B. einem „Public Private Partnership“, zustimmen könnten.

Der Kongress des Mouvement Ecologique hätte erwartet, dass der Minister bereits als Grundsatzentscheidung zum Fragebogen der Privatisierung im Wasserwirtschaftsbereich eine klare Absage erteilt hätte! Die Tatsache, dass der Minister im Fragebogen auch das Gespenst der (Teil-) Privatisierung als Option der Luxemburger Wasserwirtschaft skizziert, stellt eine sehr gefährliche Öffnung dar, die – auch wenn sie rein taktisch sein sollte – eine nicht kontrollierbare Dynamik auslösen könnte.

Der Mouvement Ecologique hätte deshalb von vornherein ein ausdrückliches Nein zu Privatisierungstendenzen als Basis des Fragebogens vorgezogen und darauf aufbauend Fragen nach einer Verbesserung und Effizienzsteigerung der öffentlichen Strukturen in Luxemburg gestellt.

Die Generalversammlung des Mouvement Ecologique richtet deshalb folgenden Appell an die Regierung im Allgemeinen, an Innenminister J.-M. Halsdorf sowie an die betroffenen Strukturen im Wasserwirtschaftsbereich:

1. Bestandaufnahme der Umsetzung des Wasserwirtschaftsgesetzes – Qualität des Wasserschutzes in den Vordergrund stellen

2008 erhielt Luxemburg ein neues Wasserwirtschaftsgesetz, basierend auf der entsprechenden EU-Direktive. In diesem werden klare Ziele zum Erreichen eines guten Zustandes des Oberflächen- und Grundwassers u.a. Vorgaben mehr gesetzt. Luxemburg hinkt bei der Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben auf gravierende Weise den anderen EU-Mitgliedsstaaten hinterher.

Der Kongress der Mouvement Ecologique fordert eine für die interessierte Öffentlichkeit nachvollziehbare **Bestandaufnahme der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, der Ursachen für die Nicht-Umsetzung und des weiteren Vorgehens / Timings sowie eine weitaus konsequentere Politik in Sachen „Wasserschutz und –qualität“.**

Dass hierbei auch die Finanzierungsmechanismen eine wichtige Rolle spielen, liegt auf der Hand. Die Aufteilung der Zuständigkeiten des öffentlichen Fonds de l'Eau (der durch die Abgaben „taxe de rejet et de prélèvement“ gespeist wird) und der durch den kostendeckenden Wasserpreis viel besser versorgten Syndikate ist weiterhin ein Politikum. Hier braucht es u.a. auch einen Mentalitätswandel der Syndikate, in Richtung einer Wahrnehmung von Verantwortung für das Allgemeinwohl jenseits einer reinen betriebswirtschaftlichen Betrachtung. Hierin liegt das wesentliche Argument öffentliche Betreiber in der Wasserwirtschaft zu befürworten.

2. Strukturelle Reform der Wasserwirtschaft angehen

Ohne grundsätzliche Überarbeitung der heutigen Strukturen der Wasserwirtschaft ist eine zügige Umsetzung der Ziele der EU-Vorgaben kaum möglich. Diese Analyse hatte der Mouvement Ecologique bereits bei der Schaffung des Wasserwirtschaftsamtes geführt und sie hat sich als richtig erwiesen.

Der Mouvement Ecologique drängt auf eine Strukturreform in der Wasserwirtschaft: die Strukturen müssen weitaus effizienter organisiert sein, um somit auch jeder Argumentation betreffend die Notwendigkeit einer Privatisierung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen.

- Unerlässlich ist, dass im Rahmen der nächsten Regierungsbildung die Wasserwirtschaft dem Umweltministerium übertragen wird. In diesem Zuge sollte dann auch das Wasserwirtschaftsamt reformiert werden, denn nach der Zusammenlegung mehrerer Dienststellen im Wasserwirtschaftsbereich fehlt es leider noch an einer kohärenten Gesamtstrategie der Rolle der Verwaltung. Mit den heutigen Strukturen und der jetzigen Personaldecke wird das Amt in keiner Form all jene Aufgaben erfüllen können, die ihm im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie übertragen wurden. Dabei muss u.a. eine Trennung der Regulations- und Kontrollfunktion des Amtes erfolgen.
- Zudem sollte ein für alle Mal eine klare Kompetenzaufteilung zwischen staatlichen, regionalen und kommunalen Akteuren erfolgen. Syndikate und Gemeinden sind als dynamische Partner anzusehen, die eine Rolle übernehmen, die u.a. komplementär zum Wasserwirtschaftsamt wäre. Das Amt wäre auf diese Weise entlastet, die Verantwortlichkeiten könnten rational

gegliedert, die anliegenden Arbeiten effizienter übernommen, die unterschiedlichen Kompetenzen genutzt werden.

3. Nein zur Privatisierung der Wasserwirtschaft!

Der Mouvement Ecologique spricht sich in aller Deutlichkeit, wie zahlreiche andere Akteure auch, gegen eine wie auch immer geartete Privatisierung im Bereich Wasserwirtschaft aus. Insofern unterstützen wir auch die europäische Petition <http://www.right2water.eu/de> und fordern ebenfalls unsere Mitglieder auf, diese zu unterzeichnen:

“Wir fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert.

Wichtigste Ziele:

Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Wir stellen nachdrücklich folgende Forderungen:

- 1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.*
- 2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.*
- 3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.“*

Zudem fordert der Kongress des Mouvement Ecologique

- **die Regierung auf, diese Position mit aller Konsequenz auf EU-Ebene zu vertreten, ebenfalls im Rahmen der Dienstleistungskonzessionslinie und sich in aller Deutlichkeit gegen eine Privatisierung im Wasserwirtschaftsbereich auszusprechen;**
- **die Luxemburger EU-Abgeordneten auf, im Europäischen Parlament ebenfalls in diesem Sinne abzustimmen.**